

## Verantwortliche Politik für Arbeitsplätze in Zeiten der globalen Krise

Wer es noch nicht wusste, der spürt es spätestens jetzt: Wir leben in und mit einer **globalisierten Wirtschaft**. Ausgelöst von der US-Immobilien- und Bankenkrise hat die Rezession in rasanter Geschwindigkeit fast alle Länder dieser Welt getroffen.

Deutschland als **Exportweltmeister** ist naturgemäß besonders tangiert. So sehr wir in guten Zeiten profitieren: Wir können uns gegen das Wegbrechen einzelner Märkte nicht immun machen.

Mit dem **Finanzmarktstabilisierungsgesetz** und **zwei Konjunkturpaketen** hat die Große Koalition in kürzester Zeit Maßnahmen ergriffen, die den Abschwung immerhin abfedern und neues Vertrauen schaffen können.

Sie tragen alle eine deutliche sozialdemokratische Handschrift. **Peer Steinbrück** ist bei der Rettung sowie Regulierung der Finanzmärkte vorne weg. Und im Konjunkturpaket II wurde etwa 90 Prozent dessen umgesetzt, was **Frank Steinmeier** am 5. Januar als Konzept der SPD in die Koalitionsrunde eingebracht hat. Während gleichzeitig die Union samt Kanzlerin keinen Plan hatte!

Die **SPD** hat in der Großen Koalition für ein ausgewogenes Maßnahmenbündel gesorgt und folgt bei der Bewältigung der Krise folgenden **Leitlinien**:

### 1. Vertrauen in das Bankensystem und dessen Funktionsfähigkeit wiederherstellen

Der **Rettungsschirm für Banken** dient nicht dazu, Bankern ihre Boni zu sichern. Ganz im Gegenteil: Wir wollen Managergehälter begrenzen. Aber ohne ein funktionsfähiges Banken- und Finanzwesen bekommen Unternehmen keine Kredite mehr, werden Arbeitsplätze und Bankguthaben von Kunden gefährdet. Lösen lässt sich die globale Krise letztlich nur dann, wenn es gelingt, neues Vertrauen zu schaffen, vor allem auch durch eine wirksame **internationale Regulierung**. Die SPD hat hierzu weitgehende Vorschläge vorgelegt.

### 2. Vorrang für Investitionen und Bildung

Die SPD hat für ein **kommunales Investitionsprogramm** als Kernstück des Konjunkturpaketes II gesorgt. Wir wollen, dass dort Geld zügig ankommt, wo es am dringendsten benötigt und am schnellsten umgesetzt wird: in den Kommunen. 65 Prozent der Mittel fließen dabei in den Bereich Bildung, so dass insbesondere die jüngere Generation davon profitieren wird.

### 3. Entlastungen mit sozialer Komponente

Im Vergleich zu Investitionen haben Entlastungen weniger starke Auswirkungen auf die Konjunktur, weil ein Teil des Geldes gespart wird und nicht in zusätzlichen Konsum fließt. Deshalb gilt für Sozialdemokraten: Entlastungen auf Pump müssen vernünftig begrenzt bleiben und vor allem dort ankommen, wo das Geld auch ausgegeben wird, nämlich bei den unteren und mittleren Einkommen. Deshalb haben wir die **Absenkung der Krankenkassenbeiträge**, von denen auch Rentner profitieren, und bei der **Steuerentlastung** die Absenkung des Eingangssteuersatzes sowie die Anhebung des Grundfreibetrages durchgesetzt.

### 4. Begrenzung der Schuldenaufnahme

Es ist notwendig und gerechtfertigt, in Zeiten der Rezession zusätzliche Schulden aufzunehmen, um einen Teufelskreislauf zu verhindern und positive Wirtschaftsimpulse zu setzen. Eine uferlose Verschuldung wäre aber ein Vergehen gegen die jüngere Generation, zumal diese aufgrund der demografischen Entwicklung ohnehin zusätzliche Lasten zu tragen haben wird. Deshalb ist es richtig, durch eine **Schuldenbremse** und einen **Tilgungsfonds** dafür Sorge zu tragen, dass in guten Zeiten Schulden begrenzt werden und gleichzeitig eine Rückzahlungsverpflichtung festzuschreiben. Eine zu hohe Verschuldung hätte im Übrigen auch ökonomisch negative Folgen, weil sie Vertrauen zerstört.

### 5. Schutzschirm für Arbeitsplätze

Für uns Sozialdemokraten geht es bei allen Maßnahmen insgesamt um eine verantwortliche Politik zur Sicherung von Beschäftigung und unserer strukturellen Zukunftsfähigkeit. Das gilt etwa auch für die Unterstützung der besonders betroffenen **Automobilbranche** als Schlüsselindustrie oder für die verlängerten und verbesserten Regelungen zum **Kurzarbeitergeld**. Sie sollen eine Brücke bauen, um Arbeitslosigkeit zu verhindern. Bei den aktuell diskutierten Hilfen für ins Wanken geratene **Unternehmen** muss es letztlich um die Frage gehen, inwieweit überzeugende Konzepte vorliegen, die Arbeitsplätze nachhaltig sichern helfen.



**Artikel aus der Berlin Depesche Nr. 51 (März 2009)**